

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Gemisch". Der Bezugspreis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für den Monat April 35.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenband bezogen für Teufelsberg, Langs, das Saar- und Rhein-gebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 40.— M., für das übrige Ausland 57.— M.

Die abgegebene Nonpareil-Zeitung über deren Raum kostet 12.— M., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 5.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 00—152 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Würde der Parlamente

Von Dr. Julius Moses.

Durch den deutschen Blätterwald geht seit einiger Zeit wieder einmal ein gewaltiges Rauschen und Rarren, ein herzbrechendes Stöhnen und Lamentieren über den Niedergang der parlamentarischen Sitten. Mag es sich um rechtsstehende Organe handeln, die ja von altersher berühmt sind ob der Feinheit ihres Tones und der Gediegenheit ihrer Sitten, oder um ein liberales Blatt; überall vernehmen wir dieselben Jeremiaden.

„Ueber die Würde des Reichstags“ hat sich auch vor kurzem im „Getreuen Eckart“ der Reichstagspräsident Löbe ausgesprochen, insbesondere hat er seinem Bedauern Ausdruck gegeben über „schlimme Verstöße gegen die Umgangsformen“, über „das Benehmen der Abgeordneten“, bei denen „Seiten entdeckt wurden, die bei den Auserwählten des deutschen Volkes nicht vorausgesetzt werden konnten“, über „Verstöße gegen die parlamentarischen Sitten, die in einer Häufigkeit und Verbität verübt werden, wie sie vor dem Kriege mit seiner Vergrößerung vieler Umgangsformen doch nicht möglich waren“. Auch über das „mangelnde Pflichtgefühl“ vieler Abgeordneten, die überall zu finden sind, nur nicht da, wo sie sein sollten, erhebt Löbe Klagen.

Natürlich stellen sich bei solchen Debatten auch die Augen Ratgeber wieder ein, die Verurtheilten und die Unberufenen, die es ganz genau wissen, wie es gemacht werden muß, um ehrbare Sitte und musterhaftes Verhalten wieder die Hausgötter der deutschen Parlamente werden zu lassen: ein paar Polizeigeist atmende Hausknechtsparagraphen, und die Würde des Reichstags ist garantiert. Nun ist es ja unbestreitbar, daß es im deutschen Reichstag, im preussischen Abgeordnetenhaus, in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und wie alle die Stätten heißen mögen, wo ehemals strenge Würde und tadellose Korrektheit auf dem Throne saßen, häufig und zumal in der letzten Zeit etwas ungemüthlich hergegangen ist. Bis zum Saue ist es ja bis jetzt glücklicherweise noch nicht gekommen, aber so dicht dran, wie der Berliner zu sagen pflegt. Jedenfalls sind mitunter Ausdrücke gefallen, die in keinem Katechismus des guten Tons zu finden sind.

Da wird man zunächst die Frage aufzuwerfen haben: was versteht man unter parlamentarisch zulässiger und nicht zulässiger Form? Was ist mit der Würde des Reichstags vereinbar und was nicht? Welche Juruse sind parlamentarisch und welche nicht? Hat der Reichstag für sich und seine Mitglieder einen besonderen Ehrenkodex, eine besondere Standesehre? Soll das, was die Offiziere a. D., die Generale und Admirale, die im Reichstag sitzen, unter Umgangsformen verstehen, auch maßgebend sein für die Kneuen und Höllein?

Es wäre auch ganz interessant, einmal eine Untersuchung darüber anzustellen, was im deutschen Reichstag die Präsidenten schon alles als schlimme Verstöße gegen die Umgangsformen betrachtet haben. Dittmann hat uns ja vor kurzem in der „Freiheit“ die überaus interessante und lehrreiche Geschichte aus der Kriegszeit berichtet. Und sind die Anschauungen über das, was parlamentarisch zulässig oder nicht zulässig ist, nicht auch dem Wandel der Zeit unterworfen? Das „Pfit“, das seinerzeit ein Zentrumsmann dem Fürsten Bismarck zurief, war auch nicht gerade parlamentarisch, und dennoch ist dieser Zentrumsmann, Graf Valleström, später Präsident des Reichstags und Hüter seiner Ordnung geworden. Einige weitere Beispiele aus der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Es war ein geringerer, als der große Demokrat Twesten, der von den Obertribunalräten, die fortgesetzt die verfassungsmäßige Redefreiheit und Immunität der Abgeordneten antasteten, sagte: „Mögen die Minister ihre Richter mit allen Orden des preussischen Staates behängen: ihre Sterne decken die Wunden nicht, welche diese Männer ihrer Ehre vor der Mit- und Nachwelt geschlagen haben, leider aber nicht bloß ihrer Ehre, sondern auch der Ehre des Vaterlandes.“ Oder Gneist, der auf der Stirn der Minister „das Stainszeichen des Eidbruchs“ sah. Oder der Abgeordnete Frese, der gegenüber dem ihn beschuldigenden Grafen Wartenleben erklärte: „Er steht auf einem Standpunkt nach dieser Rede, wo meine Verachtung aufhört und mein Mitleid anfängt; seine über mich auch nur bedingungsweise ausgesprochene Behauptung erkläre

Große Lohnkämpfe in Wien

Die Wiener Lohnkämpfe

(Intel.) Wien, 28. April.

Immer neue Industriezweige werden von der Lohnkampf-bewegung erfaßt. So wurden jetzt den Textilarbeitern die Kollektivverträge gekündigt. Die neuen Vorschläge der Unternehmer sehen Lohnkürzungen von 20 Proz. für Männer, 25 Proz. für Frauen und 30 Proz. für jugendliche Arbeiter vor. Gleichzeitig werden einschneidende Änderungen des Rahmenvertrages verlangt, die eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse bedeuten. Als Protest gegen diese Maßnahmen der Unternehmer traten am 26. April die Arbeiter der Textilindustrie in einen einständigen Demonstrationstreik.

In Steier (Obersteierreich) kam es vor dem Direktionsgebäude der ehemaligen Waffenfabrik, jetzigen Automobilfabrik zu erregten Kundgebungen der Arbeiter gegen die weitere Verkürzung ihrer Arbeitszeit und die Weigerung der Fabrikleitung, den Lohn nach der neu aufgehobenen gleichenden Skala auszahlend. Der Direktor der Fabrik sah sich gezwungen, die Forderungen der Arbeiter der Generaldirektion zu unterbreiten. Infolgedessen wurde von einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit Abstand genommen.

Konflikt der englischen Metallarbeiter

(Intel.) London, 28. April.

Chamberlain schlug in der gestrigen Parlamentsdebatte die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Schlichtung des Konfliktes in der Metallindustrie vor, nachdem beide Parteien im Prinzip die Einsetzung eines Schiedsgerichtes gut geheißen hatten. Die erste Sitzung des Schiedsgerichtes wird heute vormittag stattfinden.

Poincarés Rede und die einladenden Mächte

(Sonderbericht des „Intel.“)

(Intel.) Genoa, 26. April.

Wie heute abend bekannt wird, haben die einladenden Mächte den Beschluß gefaßt, morgen eine Sitzung abzuhalten, um über einzelne Punkte der Rede Poincarés zu diskutieren und eine klare Stellung herbeizuführen.

Der französische Ministerrat

(CP.) Paris, den 28. April.

Nach dem Ministerrat, der gestern abend abgehalten wurde, ist eine Mitteilung veröffentlicht worden, worin gesagt wird, daß der Ministerrat sich mit den Telegrammen aus Genoa beschäftigte, die von den Verhandlungen mit der Sowjetdelegation handeln. Nach Schluß der Versammlung wurde Barthou ein Telegramm übersandt, worin die französische Regierung die französische Delegation von neuem daran erinnert, nach wie vor mit aller Energie die Aufrechterhaltung der Motion von Cannes in den Verhandlungen mit der Sowjetdelegation zu verfolgen.

ich für eine bubenhafte Zusage.“ Damals erfolgten nicht einmal Ordnungsrufe.

Man lese auch in Bebel's „Erinnerungen“ nach. Und gingen, besonders nach der Revolution von 1848, die Verhandlungen in der Paulskirche, in der preussischen Nationalversammlung und später im Dreiklassenparlament, besonders in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, oder im Reichstag bei den Debatten über den Zolltarif, immer in vornehmer Weise vor sich. Und denken wir doch einmal zurück an jene Gipfelpunkte wirklicher parlamentarischer Würdelosigkeit, als seinerzeit auf Verlangen des Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, des Herrn von Erffa, widerhaarige sozialdemokratische Abgeordnete durch polizeiliche Brachialgewalt aus dem Saale befördert wurden. Ist wirklich die heutige Leffentlichkeit lästern darauf, daß solche Szenen sich wiederholen? Zu den damals hinausgeworfenen gehörte auch Herr Leinert, der heute auf dem Stuhle des Herrn von Erffa sitzt. Frey-pen wie der Weltgeschichte! Ein zweites Mal dürfte allerdings Herrn Leinert ein solches Miß-

(CP.) Paris, 28. April.

Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß im gestrigen Ministerrat Poincaré erneut darauf hinwies, daß die Reparationsfrage einzig und allein von der Reparationskommission behandelt werden darf. Der Oberste Rat sei nur kompetent in der Beratung der Sanktionen, falls Deutschland am 31. Mai den Forderungen der Reparationskommission nicht nachkommen würde. Poincaré ist der Ansicht, daß der Oberste Rat, wenn er diese Frage von vornherein entscheiden will, nicht in Genoa, sondern in Paris, London oder anderswo einberufen werden müsse. Ueber diese eigentliche Reparationsfrage will Poincaré aber unter keinen Umständen eine Diskussion eröffnen lassen, da er eine Falle befürchtet. Diese Auffassung ist vom gesamten Ministerrat geteilt worden, und kam in den Instruktionen zum Ausdruck, die Barthou übersandt wurden. Poincaré ist bereit, der Einberufung des Obersten Rates oder aller Vertreter der unterzeichneten Mächte des Versailler Vertrages zuzustimmen, um ausschließlich über die Sanktionen zu beraten. Was die Frage des Vertrages von Rapallo im Verhältnis zum Versailler Vertrag anbelangt, so setzt Poincaré der Behandlung derselben im Obersten Rat kein Hindernis entgegen. Unter diesen Umständen könne der Oberste Rat sich nach der Meinung Poincarés schon in Genoa versammeln, wo Barthou als Vertreter Poincarés anzutreten wäre. In der Abend Sitzung des Ministerrates kam die russische Frage zur Sprache. Sowohl in der Frage der offiziellen Anerkennung wie in der Frage der finanziellen Unterstützung und in den meisten anderen Fragen drückte sich der Ministerrat in ablehnendem Sinne aus. Dieser Standpunkt wird auch in der Note zum Ausdruck kommen, die Barthou heute in der Konferenz überreichen wird. Heute morgen wird ein neuer Ministerrat abgehalten werden.

Metallarbeiterstreik in der Tschechoslowakei

Prag, 27. April.

Wie die Blätter melden, hat die Abstimmung der Metallarbeiter über den Vermittlungsantrag des Ministers der sozialen Fürsorge zur Beilegung des Konfliktes eine Mehrheit von 70 Prozent gegen die Annahme des Antrages ergeben, so daß die für die Streiterklärung erforderliche Mehrheit gegeben erscheint. Eine morgen stattfindende Sitzung des erweiterten Vollzugsausschusses wird endgültige Beschlüsse fassen.

Die zerstörten Gebiete für friedliche Arbeit

Der Generatrat des Departements der Aisne hat eine Entschlieung angenommen, in der er sich zu einer realistischen und pazifistischen Reparationspolitik bekennt. Die Entschlieung erklärt, daß das Problem nur durch finanzielle Mittel zu regeln sei, führt Beschwerde darüber, daß das Wiesbadenener Abkommen nicht in die Praxis umgesetzt wurde, und fordert die Regierung auf, von Deutschland die Lieferung von Material und die Bestellung von Arbeitern zu verlangen.

Kraffin Botschafter in Berlin?

Der Berliner Korrespondent der „Daily Chronicle“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Kraffin als erster Gesandter der Sowjetrepublik in Berlin vorgesehelt ist und daß seine Ernennung in den nächsten Tagen erfolgt.

geschid nicht passieren, denn er hat seitdem auf dem Gebiete des parlamentarischen Anstandes erfreuliche Fortschritte gemacht.

Im übrigen vergesse man doch nicht, daß die Menschen von heute mehr oder weniger reizbar geworden sind und wenn diese gesteigerte Reizbarkeit — auch eine Folge des Krieges — bei Abgeordneten in „schlimmen Verstößen gegen die Umgangsformen“ einmal zur Entladung kommt, so braucht man das nicht gleich so tragisch zu nehmen. Es hat noch niemand von den Reichstagsabgeordneten bisher durch diese „schlimmen Verstöße gegen die Umgangsformen“ irgendwelchen Schaden an Leib oder Seele genommen. Solche Entladungen tragen sehr oft zur Entgiftung der Atmosphäre mehr bei, als wenn man sie durch allerlei künstliche, meist erfolglose Mittelchen zu unterdrücken sucht.

Selbst die „Frankfurter Zeitung“ schrieb einmal nach einer solchen, von der bürgerlichen Presse aller Richtungen sensationell aufgebauten „würdelosen“ Szene im Reichstag des neuen Deutschland:

„Der deutsche Parlamentarismus ist so viele Jahrzehnte mit Fuchstritten behandelt worden, daß er an einer Ohrfeige nicht stirbt. Außerdem ist es noch nicht das Schlimmste, selbst für ein Parlament, wenn heftig erregte Menschen einmal in wirklicher Leidenschaft die Gehege der Erziehung vergessen und blindlings um sich schlagen. Wenn die Volksvertretung sich prügelt, so ist das wenigstens ein Beweis, daß sie nicht schläft.“

Im übrigen muß mit aller Schärfe betont werden: keine Partei darf der anderen den Vorwurf machen, sie und nur sie allein sei bei diesem Treiben unbeteiligt gewesen, und es ist pharisäerhaft, die Schuld an dem Sinken des parlamentarischen Niveaus ausschließlich der äußersten Linken zuzuschreiben.

Es mag in einzelnen Parlamenten ungezügelter Naturen geben, denen es Vergnügen macht, zeitweilig aus Obstruktion die heulenden Derwische zu spielen, den Mangel an geistigen Qualitäten durch Maulaufreißen und Malträktieren des toten Materials zu ersetzen. Aber im allgemeinen muß doch gesagt werden: Wo Rauch ist, da ist auch Feuer. Wenn Abgeordnete gelegentlich einmal „in parlamentarisch allerdings nicht zulässiger Form“ ihren Gefühlen freien Lauf lassen, da ist allemal auch Grund und Ursache vorhanden. Es ist im Kleinen wie im Großen: Wenn das arbeitende Volk sich von Tag zu Tag immer mehr politisch und wirtschaftlich entrechtet sieht, geht es in der Regel nicht ab ohne schwere Erschütterungen und gelegentliche Explosionen. Das haben wir ja oft genug erlebt. Und so ist es auch mit dem Parlament und den Vertretern im Parlament. Auch hier herrscht seit langem schwüle Luft und Siedehitze, und diesen Zustand wird erzeugt durch das Treiben einer monarchistisch-militaristisch gerichteten Reaktion inmitten eines republikanischen Staates, durch das unablässige, planmäßige, zielbewusste Hezen und Schüren durch die Parteien der Rechten.

Es läßt sich auf Schritt und Tritt nachweisen, daß jedesmal, wenn im Reichstag die Geister und beinahe auch die Körper aufeinanderplagen, allemal gewisse Persönlichkeiten die Schuld daran tragen. Mandanten nur an die Hergt und Helferrich *tutti quanti*. Die bloße Anwesenheit dieser Männer im Reichstag wirkt aufkühlend auf leicht empfängliche Gemüter, noch mehr ihr ganzes Auftreten und Gebaren. In jedem anderen Lande hätte ein Schardeur und Babanque-Spieler vom Schlage eines Helferrich nach Verlust der Macht und Hinschwinden des alten Systems wie ein schlechter Schauspieler hinter den Kulissen verschwinden müssen. Und ein Mann wie Hergt, der schon vorher kein politisches und parlamentarisches Genie gewesen und nur durch seinen unglückseligen Gang zum Prophezeien eine unfreiwillige und verhängnisvolle Berühmtheit erlangt hat, wäre unter dem Fluche der Lächerlichkeit zusammengebrochen und ruhmlos zu den Schatten der Unterwelt gesunken. Wenn einer dieser beiden auf der Tribüne des Reichstages herumzappelt wie ein aufs Trockene gesetzter Fisch, und seinen reaktionären Spech vom Stapel läßt: ja, kann man nicht verstehen, daß die Linke nicht gesonnen ist, sich alles und jedes gefallen zu lassen? Und wenn es allzu derb wird, dann gibt es regelmäßig Standal und Radau. Wenn es gelingen könnte, den Hergt, Helferrich und Konsorten den Dummstolz und das anmaßliche Gebaren abzugewöhnen, dann könnte mehr für die Würde des Reichstages geschehen, als durch Palliativmittelchen, wie sie von den verschiedensten Seiten vorgeschlagen sind.

Im übrigen meine ich: nicht auf die Würde des Reichstages kommt es an, sondern auf seine Leistungen. Und die stehen allerdings auf einem viel tieferen Niveau, als es sich mit der Würde einer wirklichen Volksvertretung verträgt.

Parteitaktisches Allerlei

Dem „Vorwärts“ ist großes Heil widerfahren. Er war in Verlegenheit, wie er sich zu Ströbels Kritik an der Politik seiner Partei stellen sollte. Die Toischweigekritik gegenüber solch sachlicher und durchschlagender Kritik aus dem eigenen Lager mußte irgendwie maskiert werden. Da erschien für ihn wie gerufen die neueste Nummer von Breitscheids „Sozialist“. In ihr machen die Genossen Hergt und Prager ihrem geprehten Herzen Lust über die Taktik der U. S. P. Heureka, gefunden! jubelt der „Vorwärts“ und serviert nun seinen Lesern sofort einen Leitartikel über die längst vergangene „Krise in der U. S. P.“, den er aus den Artikeln der genannten Genossen zusammenstellt. Daß der „Vorwärts“ seine Herzengemeinschaft mit diesen Artikeln feststellt, kann den nicht wundern, der weiß, daß einer der angesehensten „Freiheit“-Redakteure sich noch vor dem Konflikt eventualiter bereit erklärt hat, in die Redaktion eines S. P. D.-Blattes einzutreten und ein zweiter dieser Redakteure offen zugegeben hat, daß die alte Redaktion in der letzten Zeit in der „Freiheit“ S. P. D.-Politik getrieben hat.

Die Artikel der Genossen Hergt und Prager sind im allgemeinen nur eine Wiederholung der Argumente aus der bekannten Denkschrift der alten „Freiheit“-Redaktion, so daß wir auf diese abgetanen Dinge nicht näher einzugehen brauchen. Die Genossen Hergt und Prager sind allerdings ganz sarkastisch darüber, daß die Partei die Denkschrift mit Absicht nicht beiseitegeschoben hat und nicht bereit ist, sie an Stelle des eben erst vom Parteitag beschlossenen Manifests als Richtschnur für ihr Handeln anzuerkennen. Genosse Hergt sucht besonders den Genossen Dittmann für diese vom gesunden Sinn der Parteimitglieder zeugende Stellungnahme verantwortlich zu machen. Er will absolut nicht verstehen, daß Hülferdings redaktionsoffizielle Begründungsrede zu der Denkschrift für Dittmann ausschlaggebend gewesen ist und die Befamungabe der Grundrietz dieser Rede offenbar in der ganzen Partei dieselbe Wirkung gehabt hat. Wenn die mündliche Ansprache bei der Urteilsbildung belanglos sein soll, warum wurde sie dann von der alten „Freiheit“-Redaktion ausdrücklich verlangt?

Genosse Hergt beschuldigt den Genossen Dittmann weiter, eine „völlig ununterrichtete Parteiversammlung in Abwesenheit der Angegriffenen zur Stellungnahme bewegen“ zu haben. Mit diesem Beiwort „völlig ununterrichtet“ bezeichnet Genosse Hergt die große Mitteldeerversammlung der U. S. P. in Leipzig, die in der „Leipziger Volkszeitung“ die Denkschrift vorgelesen bekommen hatte und noch zwei lange Artikel des Genossen Bloch von derselben Art dazu, außerdem noch einen ähnlichen Artikel des Genossen Braunthal, die ferner einen Auszug aus Ledebours Gegendenchrift und einen gegen Bloch gerichteten Artikel des Genossen Marchionini kannte. Tut alles nichts, der sonst für das schriftliche Verfahren schwärmende Genosse Hergt stellt fest, daß die Leipziger Genossen trotzdem nicht wußten, was sie taten, als sie nach einem Referat Dittmanns sich einstimmig auf dessen Standpunkt stellten. Etwas weniger Ueberhebung gegenüber der „dummen Masse“ könnte auch dem Genossen Hergt nicht schaden, und ebensowenig etwas mehr Vorsicht gegenüber Parteiklassen.

Genosse Hergt behauptet nämlich: „In der Versammlung referierte Dittmann, der anstatt des verhinderten Genossen Breitscheid nach Leipzig gefahren war und die Gelegenheit benützte, um an Stelle des von ihm erwarteten Referats über die politische Lage, eine Attacke gegen die „Freiheit“-Denkschrift zu reiten“. Davon ist kein Wort wahr. Breitscheid hatte über „Unsere Stellung zum Staat“ reden sollen, durch äußere Umstände zerschlug sich die Versammlung. Dann erschien die „Freiheit“-Denkschrift. Nun beschloß der Vorstand von Groß-Leipzig, zu den durch die Denkschrift aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen und forderte Dittmann — der von der vorher geplant gewesenen Breitscheid-Versammlung überhaupt nichts wußte — auf, über „Die Taktik der Partei“ in Leipzig zu reden. Mit diesem Thema ist die Versammlung in der „Leipziger Volkszeitung“

bekanntgemacht worden, und über dieses Thema hat Dittmann an der Hand der „Freiheit“-Denkschrift und des Leipziger Manifests gesprochen.

Genosse Hergt behauptet weiter, durch den Bericht der „Freiheit“ über die Leipziger Versammlung mußte der Eindruck entstehen, als ob Dittmann den einen und Bloch den gegenteiligen Standpunkt vertreten hätte. Dabei war verschwiegen worden, daß Bloch als Diskussionsredner lediglich fünf Minuten Redezeit hatte und daher überhaupt nicht in der Lage war, der vollkommen einseitigen Darstellung Dittmanns in gebührender Weise entgegenzutreten“. Es ist einfach unfassbar, daß ein Mann von den Qualitäten des Genossen Hergt solchen Klatsch glauben kann. Man denke: in einer Parteiversammlung, die zur Klärung parteitaktischer Differenzen einberufen wird, soll in Leipzig (!) einem Genossen, der als der prominenteste örtliche Vertreter einer anderen Ansicht bekannt ist, als sie im Referat dargelegt wurde, Verwehrt werden, ausführlich zu antworten und ihm sollen nur fünf Minuten zur Antwort verschattet worden sein? Das ist ja bärer Unsin. Tatsächlich hatte Genosse Bloch wie alle Diskussionsredner, völlig unbefristet Redezeit. Er hat auch etwa eine Viertelstunde gesprochen, erklärte freilich, daß ihm sein Herzleiden nicht gestatte, ausführlich zu antworten. Bei der Stimmung der Versammlung — und das sah er offenbar selber ein — hätte er auch durch frundenlanges Reden für seine Ansicht Niemanden gewonnen.

Genosse Hergt bezeichnet die in Leipzig angenommene Entschlieung als „völlig farblos“ und unterstellt, daß sie mehr auf „Unbeteiligte“ als auf die Versammlung berechnet gewesen sei. Dabei heißt es ausdrücklich in der Resolution, daß sich die Versammlung befenne zu den Parteitagbeschlüssen, „wie sie der Referent, Genosse Dittmann, erläutert hat“. Diese Erläuterung soll plötzlich „völlig farblos“ sein, während Genosse Hergt in der Zeile vorher von der „vollkommen einseitigen Darstellung Dittmanns“ spricht. Genosse Hergt sollte doch in seinem eigenen Interesse etwas mehr auf Konsequenz halten. Aber es liegt System in der Art, alle Beschlüsse von Parteitagungen für „farblos“ zu erklären, um sich freie Hand für ihre willkürliche Auslegung zu schaffen. Diesem Beizehen hat der Parteitag durch das Manifest bewußt einen Niegel vorgegeben, ganz besonders auch in der Steuerfrage. Es ist deshalb direkt irreführend, wenn Genosse Hergt behauptet, der Passus über indirekte Steuern im Manifest solle „die Möglichkeit offen lassen, daß für den Fall ausreichender Befähigung und der Ermöglichung der Inflation auch die unabhängige Reichstagsfraktion Verbrauchssteuern zustimmen könne“.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Gerade diese Möglichkeit sollte verbaut und die Fraktion verpflichtet werden, neue indirekte Steuern und Verbrauchssteuern auf das entschiedenste zu bekämpfen. Nur eine Verkopplung direkter und indirekter Steuern durch ein Mantelgesetz kann überhaupt die Fraktion vor die Frage stellen, ob nach dem Grundfah des kleineren Uebels zuzustimmen oder abzulehnen ist. Die Ablehnung der indirekten und Verbrauchssteuern aber steht außer Frage für die Partei.

Genosse Prager spricht in seinem Artikel von der Einigung wie der Blinde von der Farbe. Auch zu dieser Frage nimmt das Leipziger Manifest klar Stellung, und es wäre wirklich besser, wenn alle Parteigenossen das Manifest erst gründlich lesen würden, ehe sie den Anschein zu erwecken versuchen, als wenn sie plötzlich die Partei und das Proletariat durch Aufwerfung angeblich neuer, in Wirklichkeit aber durchaus gebührend gewürdigter Probleme reiten müßten und dann völlig gegenstandslose und überflüssige Parteipolemiken hervorrufen.

Die schwierige Lage der Zeitungen. Die „Germania“ kündigt eine Erhöhung des Bezugspreises auf 35 Mark für den Monat ab 1. Mai an und bemerkt u. a. „Der Preis von 35 Mark bedarf kaum die Kosten für das unbedruckte Zeitungspapier, gar nicht zu reden von den enormen Ausgaben für Satz, Druck, Farbe und den übrigen Materialen.“

Arbeiter-Büchertisch

(Zweiter Teil des zweiten Heftes)

Populäre Schriften zur Relativitätstheorie

Die Relativitätstheorie ist eine Sache für Gelehrte und solche, die sich intensiv mit den Dingen befaßt haben, aber nicht für die breite Masse, die sie nicht verstehen kann, weil ihr natürlich die dazu notwendigen Grundlagen fehlen, die sehr weitgehend sind. Daran können sich auch die „gemeinverständlichen“ Schriften nicht irrt machen, die zahlreich erscheinen, unter denen sogar sehr gute von Rang sind. Auch populäre Schriften wenden sich an Leser, die doch eine gewisse Vorbildung haben, wie sie allerdings auch in Arbeiterkreisen zu finden ist. Zuerst eine von dem großen Relativitätstheoretiker Albert Einstein selber: Ueber die spezielle und die allgemeine Relativitätstheorie (Braunschweig, Vieweg u. Sohn) eine Schrift, die die Kenntnisse eines Abiturienten voraussetzt, also nicht mehr gemeinverständlich ist, sondern schon recht hoch. Aber von diesen gewünschten Abiturienten werden sie auch nicht viele verstehen, so glänzend die Schrift auch geschrieben ist. Einstein hat in Berlin vor breitem Publikum Vorträge über seine Lehre gehalten; aber von drei seiner Teilnehmer, die ich zufällig sprach, hatte sie keiner verstanden, und Einstein selbst schien von seinem Erfolg nicht sonderlich befriedigt zu sein. Das liegt nicht an Einstein, sondern an der Sache. Wer aber die notwendigen Vorkenntnisse verfügt und einigermaßen Marx und naturwissenschaftlich zu denken gewohnt ist, wird die Schrift allerdings mit großem Nutzen lesen. — Ein gutes Büchlein, aber schon nicht mehr so flüssig und verständlich, ist das von Dr. Werner Bloch: „Einführung in die Relativitätstheorie“, in Tenubners „Natur und Geisteswelt“ erschienen, meines Erachtens für diese Sammlung viel zu „gelehrt“. Sie mag für Studenten der Naturwissenschaft gut sein, aber nicht für ein breites, selbst nicht für ein gebildetes Publikum. — Prof. Schwabmann stellt die besonders für den Stoff geeigneten Lehren der „Relativitätstheorie und Kosmologie“ auf wissenschaftlicher Grundlage gemeinverständlich dar. (Hamburg, Henri Schöner, 1921. Preis 3 M.) Auch diese Schrift ist reichlich schwer (es liegt eben im Stoff) und dürfte wohl das schwierigste Kapitel in Dichters Wegs Populärer Himmelskunde sein, dem die

Schrift als Anhang beigegeben ist. — Das leichtestverständliche Büchlein über die Relativitätstheorie scheint mir Dr. Victor Engelhardt's „Einführung in die Relativitätstheorie“ zu sein, das aus Vorträgen an der Berliner Humboldt-Hochschule entstanden ist. (Wolfsbuchhandlung-Verlag, Charlottenburg. Fr. 3 M.) Zwar lehnt sich Engelhardt eng an Einsteins Schrift an, aber sie hat den Grad von Verständlichkeit, daß sie zur Not auch von sehr intelligenten Leuten gelesen werden kann, die sich sonst als Liebhaber eifrig mit Naturwissenschaften befassen. Wer diese Schrift nicht versteht, versteht die andern genannten erst recht nicht. — Wer Beziehungen zur Philosophie sucht, findet in Joseph Pehold's Schrift „Die Stellung der Relativitätstheorie in der geistigen Entwicklung der Menschheit“ ein ausgezeichnetes Buch (Dresden, Sybille-Verlag, 1921), in dem man sich geschichtlich an die Probleme heranarbeiten kann. Pehold ist einer der verdienstlichsten Kämpfer für Ernst Machs positivistischen Relativismus, der die Lorenz-Einsteinschen Lehren allgemein philosophisch vorbereitet hat. Das Buch steht auf der breiten Basis der kritischen Erkenntnislehre und ist eins der edelsten und erfreulichsten Kampfbücher für präzise Denkart nicht nur für die Naturwissenschaft, sondern auch für jede andere Wissenschaft. Wer's vermag, dem Verfasser zu folgen — und das sollte jeder Strebende versuchen —, wird dieses Buch mit großem Gewinn und Genuß immer wieder lesen.

Literaturgeschichten

Den ungeheuren Stoff der Geschichte zu gestalten, ist seit langem nicht mehr einer einzelnen Persönlichkeit möglich. Gewaltige Arbeit, den Zweck eines großen und reichen Lebens erfordert es, die Geschichte einer einzigen Menschheitsperiode darzustellen. Die moderne Geschichtsschreibung löst sich daher immer mehr in Einzeldarstellungen der verschiedenen Zeiten und Völker auf. Auch mit der Kunst- und Literaturgeschichte geht es so. Und trotzdem zeigen zwei vorliegende Bücher, daß eine größere Persönlichkeit einen größeren Stoff beherrschen und darstellen kann, während eine mittelmaßige Persönlichkeit auch auf einem Teilgebiet versagt. Eine Geschichte der Weltliteratur hat Paul Wiegler geschrieben. Die zweite bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage liegt vor (München, Berlin). Von Richard M. Meyers Deutscher Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts hat der Verlag Georg Bondi, Berlin, bereits das 10. bis 15. Tausend seiner Volksausgabe vorlegen

können. Nach dem Tode Richard M. Meyers hat Hugo Vieber das Werk durchgearbeitet und fortgesetzt. Das Buch von Meyer-Vieber behandelt also nur einen kurzen Abriß der Literatur, das Buch von Wiegler die ganze. Und doch ist das Buch von Wiegler eine bis ins kleinste durchgearbeitete Darstellung der Dichtung fremder Völker, mit ganz knappen, sachlichen künstlerisch feinsinnigen Urteilen, während Meyers Werk mit einem Strom von Abgeleitet, Weserwissen, Pedanterie, mittelmaßiger Keckheit und ganz zufälligen und in der Wirkung daher unverantwortlichen Urteilen ein Jahrhundert aburteilt oder anhimmelt, ohne dem Leser das zu geben, was eine solche Literaturgeschichte allein kann und soll: nämlich den geistigen Zusammenhang zwischen dem Geschaffenen. Auch Wiegler verzichtet, allerdings in weiser Einsicht des Unmöglichen, darauf die Weltliteraturgeschichte mit der Zeitgeschichte in einen produktiven Zusammenhang zu bringen. Aber in Wiegler's Darstellung spielt die Zeit stark und breit hinein. Und die Urteile sind niemals impressionistisch, wie es bei Meyer-Vieber der Fall ist. An Wiegler's Werk ist die schlechthin meisterhafte Zusammenfassung des gewaltigen Stoffes auf den kleinsten Raum zu bewundern. Trotzdem verheißt es Wiegler mehr als Daten und Urteile zu geben. Eine humane Persönlichkeit, deren es in Deutschland so wenige gibt, erkennt er das Menschliche und Fortschrittliche in allen Zeiten und weiß besonders durch Hervorheben Intimer, aber typischer Einzelheiten eine ganze Zeit, ein Werk, einen Menschen hell zu machen. Besonders bewundere ich an Wiegler's Literaturgeschichte die Darstellung des Biographischen. Wie langweilig sind gewöhnlich die Biographien in Literaturgeschichten. Bei Meyer-Vieber spielt das Biographische gar keine Rolle, bei ihnen ist die Kunst eine schöne Spielerei, die man lobt oder tadelt, und ihr Wachstum aus dem Menschen heraus ist ebenso aleichgültig, wie ihr Wechselverhältnis zur politischen Ökonomie. Wiegler's Biographien sind, mögen sie nur wenige Jeller oder ein: 1. Seiten umfassen, spannend wie Romane. Durch dieses Verarbeiten von Kunst und Leben ist Wiegler's Buch zu einem künstlerisch padenden Ganzen geworden. Die Klugheitswäger von Meyer-Vieber macht dagegen die zusammenhängende Rückseite des Buches zur Unmöglichkeit. Gewiß ist Wiegler manchmal in der Beurteilung der Werke etwas zu sehr zurückhaltend. Aber diese Zurückhaltung steht einem Werke gut an, in dem nur das Wichtigste der Weltliteratur dargestellt ist. Immerhin würde das Urteilen von Meyer-Vieber anziehender sein, wenn das Urteil selbst mehr geistige Bedeutung hätte. Eine Literaturgeschichte muß von einem Künstler geschrieben sein. Wiegler ist es, Meyer-Vieber sind es nicht einmal zusammen. Daher hat ihr Werk nur als Nachschlagewerk Bedeutung, die auch noch durch den Mangel an sachlichen Mitteilungen

Die Einkommensgrenze im Reichsverordnungsgegesetz

Teuerungszulagen für „bedürftige“ Militärrentner

Der Reichsrat nahm am Donnerstag den Entwurf einer Verordnung über die Einkommensgrenzen im Reichsverordnungsgegesetz an, wonach die Grenze für das Steuerpaar auf 9000 und für den einzelnen Teil auf 4500 Mark bemessen wird. Unter Anwendung der Bestimmungen des Reichseinkommensteuergesetzes soll dann das weitere Nutzen der Rente so gestaltet werden, daß ein unverheirateter kinderloser Rentenberechtigter bei 27000 Mark Einkommen eine Rente überhaupt nicht mehr beziehen würde. Im Fall der Verheiratung kommen für die Frau 2400 Mark und für jedes Kind 3000 Mark hinzu. Der Reichsrat beschloß die Staffelform für das Nutzen der Rente auf je 2000 Mark für ein weiteres Kind zu bemessen. Danach würde erst bei 85000 Mark Einkommen ein unverheirateter Kriegsbeschädigter keine Rente mehr beziehen. Die neue Verordnung soll vom 1. April ab gelten. — Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über Teuerungszulagen für Militärrentner. Danach sollen besondere Teuerungszulagen nur an wirklich bedürftige abgegeben werden, wie Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, erwerbsunfähige Witwen oder dergleichen.

Der internationale Gewerkschaftskongress beendet

Rom, 27. April.

Der Internationale Gewerkschaftskongress beendete die Zusammenkunft des Vorstandsbureaus und ernannte den deutschen Delegierten Leipzig zu seinem Mitgliede. Der Präsident Thomas teilte mit, daß die Kommission, welche über die allgemeine Reaktion und den Achtstundentag zu berichten hatte, dem Kongress eine Entschliessung unterbreite, die erklärt, daß die proletarische Organisation sich insbesondere bekämpft habe in bezug auf den Achtstundentag, die Löhne und die Sozialgesetzgebung. Der Kongress protestierte gegen dieses Vorgehen der Reaktion und erklärte, in Folge des Krieges hätten die Proletarier ein Recht auf Besserung ihrer Lage erworben. Der Kongress appellierte an die Arbeiter der ganzen Welt, namentlich an die Arbeiter Englands, Amerikas und der ferneren Länder Afrikas, um eine proletarische Einheitsfront zu schaffen, und beauftragte das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes, sobald als möglich an die Arbeiter der ganzen Welt einen Aufruf in diesem Sinne zu erlassen. Die Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Thomas forderte die verschiedenen Zentralen der interessierten Länder auf, ein Abkommen zu vereinbaren, das die Auswanderung regelt und die Rechte und Pflichten der Auswanderer festsetzt. Eine nach Maßgabe der in den Verhandlungen aufgestellten Grundsätze abgeänderte Entschliessung über Krieg und Militarismus wurde von einer hiermit beauftragten Kommission eingebracht (die unseren Lesern aus unserer gestrigen Morgenausgabe bekannt ist, S. 2. Sp.) und einstimmig angenommen; nur die Holländer enthielten sich der Abstimmung.

Der Kongress schloß darauf nach einer kurzen Schlussansprache des Delegierten Thomas mit dem Gesänge der Internationale seine Verhandlungen.

Das reaktionäre Auswärtige Amt

In dem Prozeß unseres Gewissen Feuchensbach gegen die „München Neuesten Nachrichten“ wegen der durch Eisner veröffentlichten Dokumente war von seiten des Klägers der frühere Botschafter in London, Fürst Schinowski, von seiten des Beklagten der Legationsrat B. v. Bülow als Zeuge geladen. Das Auswärtige Amt hat jedoch beide Herren nicht vom Amtsgeheimnis entbunden, so daß sie nichts auszusagen können. Man ist aber in der Wilhelmstraße immer noch über die Friedens-Campagne des toten Eisner unwillig und läßt lieber die Reaktion ihre lägenhaften Behauptungen verbreiten.

gemindert wird, während Siegler's Literaturgeschichte Kunstwerk und Nachschlagewerk in eins ist und die Verbreitung verdient, die Meyer-Wieber zu Unrecht erreicht haben.

F. St.

Kurt Schneider: Studie über Persönlichkeit und Schicksal eingetragener Prostituierten. Verlag J. L. Springer, Berlin 1921. 227 Seiten.

Die Heidelberger Abhandlungen aus dem Gesamtgebiete der Kriminalpsychologie haben durch diese fleißige Arbeit eine erwünschte und zeitgemäße Bereicherung erhalten. In die brennende Frage der Sexualreform, die zu einem nicht geringen Teil auch das neue Strafbuch beschäftigen soll, Schneider das Problem der Prostitution rief ein. Sieht der Entwurf vom Jahre 1919 sogar eine Verstrafung (!) der Prostitution als gewerblische Unzucht vor, so wird dieses Buch den sanftmütigen Sexualreformer vielleicht über das Ausmaß und Ungerechte dieser Maßnahme zu denken geben. Ob man wirklich glaubt, auf diesem Wege eine so tief verankerte soziale Erscheinung auszuräumen? Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten findet hier so manche ungeheure Inkongruenz: Den bürgerlichen Damen, die in ihrer tugendhaften Hausamtslichen Unschuldhaftigkeit sich soeben gewidert haben, mit dem Vorurteil des unehelichen Males reinen Tisch zu machen, ist ganz besonders zu empfehlen, über die Bedeutung der unehelichen Schwangerschaft für das Schicksal so manchen Frauenlebens nachzulesen und sich von der Größe des Unheils der sozialen Vernachlässigung der unehelichen Mütter zu überzeugen. War doch eine 20 Mal wegen Geschlechtskrankheiten in Behandlung. Auch die geschickten Männer sollten aus Scham um die traurige Rolle, die der Mann in der Vernichtung nicht weniger Frauenleben spielt, für die sexuelle Beirung der Frau eintreten.

Die Prostituierte ist schon oft Gegenstand wissenschaftlicher psychologischer und naturistischer Forschungen gewesen, ihr Seelenleben nicht selten das Objekt künstlerischer Darstellung. Neue Gesichtspunkte ergeben sich daher nicht aus der Lektüre dieser 70 Lebensläufe, die der Verfasser dieses Buches herausgegeben hat. Die Lebensläufe sind zustande gekommen durch Anzeigen und rätsellose Ausprüche mit 70 Prostituierten, die in der Prostituiertenabteilung der jetzigen Universitätsklinik für Hautkrankheiten in Wien eingeliefert waren. Intelligenzprüfungen und objektives Material von Gerichtspräsidenten, von Berichten der Fürsorgeerziehungsanstalten, Lehrern, Pfarrern usw. dienen als Hilfsmittel. Das erklärt sich leicht jedes Lebens. Inwiefern das Wissen, d. h. Elternhaus, Schicksal, Schwangerschaft usw., inwieweit die Anlage, d. h. Eitelkeit, Unlust zur Arbeit, Croit eine Rolle spielen, — die Antwort auf diese Frage muß erhalten, um die Ursachen des Quasidankens in die Prostitution

Die Schmach der deutschen Justiz

Eine scharfe Abrechnung mit dem deutschen Justizwesen veranstaltete die deutsche Liga für Menschenrechte gestern Abend in dem überfüllten Saale der Neuen Welt. Von Verlaß stellte in seiner Einführung die volksfeindliche Gesinnung des Richterstandes fest und teilte u. a. mit, daß ihm von einer Seite die Anregung zugegangen sei, zur Unterstützung und Beschleunigung der Justizreform eine Institution für Völkerrecht ins Leben zu rufen. Die dazu nötigen Mittel — etwa 100 000 Mark — dürften wohl nicht allzu schwer aufzubringen sein. — Der Kammergerichtspräsident Reimuth als erster Referent gebrauchte zur Charakterisierung seiner Kollegen die schärfsten Ausdrücke. Das Richteramt verfolge, daß es nur von Volksgnaden existiere, es spiele sich als Obrigkeit gegenüber dem zu beherrschenden Volke auf, es könne sich nicht von der überlieferten feindseligen Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie befreien und stehe noch immer unter dem Einfluß der Kriegspolizei, deren geistige Väter solche Rechtsgelehrte wie Professor Gierke und Bittelmann waren. — Wrobel geistelte mit gebührendem Sarkasmus die preussischen Sitten an den Rechtsverhandlungen und die Ergebnisse der Voruntersuchungen. Zur Sprache kommt die Prozeßverwaltung der Bevölkerung und die daraus entspringende Ueberlastung der Richter und ihre mangelnde Bezahlung, die bei der „absoluten Unbeschlichkeit“ einfach wie ein Wunder erscheine. — Gumbel, der Verfasser des bekannten Buches „Zwei Jahre Nord“ verwies nochmals auf den himmelschreienden Widerspruch in der Behandlung von politischen Verbrechen von rechts und links. 378 Morde von rechts seien noch bis heute ungeklärt geblieben. Obgleich den gesamten Staatsanwälten Deutschlands das Material über diese Morde zugegangen sei, hält sich kein einziger von ihnen für zuständig, eine Anklage zu erheben. — Endlich verliest der Landtagsabgeordnete Ruttner einen Brief des Ministers Raddbruch, in dem er sein Bedauern über seine Abwesenheit von der Versammlung ausdrückt und die Hoffnung ausspricht, daß die Ergebnisse der Verichte in politischen Prozessen nicht hinsichtlich der gesamten Justiz verallgemeinert werden. Die beste Widerlegung dieser Hoffnung des Ministers fand in den zahlreichen Beispielen seines Parteigenossen Ruttners selbst den schlagendsten Beweis für den unglaublichen Mangel jeden sozialen Empfindens des deutschen Richterstandes.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die die Amnestie für die in Niederschönenfeld eingekerkerten Sozialisten und Kommunisten forderte. Man konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, daß auch in den Reihen der Wehrheitssozialisten das schleppende Tempo der Justizreform eine harte Kritik herausfordert. Die mehrheitssozialistischen Redner wurden auch nicht wenig von entsetzten Zurufen unterbrochen.

Der 1. Mai Staatsfeiertag in der Tschechoslowakei. Die am 21. April abgehaltene Sitzung des Ministerrates beschloß, den 1. Mai als Staatsfeiertag zu betrachten.

Auflösung einer Stadtverordneten-Versammlung. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, die Stadtverordnetenversammlung in Stendal aufzulösen. Den Antrag auf Auflösung hatten die bürgerlichen Stadtverordneten gestellt, die in einem Konflikt mit den sozialdemokratischen Stadtverordneten standen.

Eine gemeinsame Kundgebung der Zentrums- und der Rechtssozialisten, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen und der Demokraten des Rheinlands wendet sich gegen die von Entente-mächten vergeblich geplante Neutralisierung der Rheinlande.

Erfinden. Die Agence Havas bezeichnet die Blättermeldung, wonach ein französischer Offizier im Streite mit deutschen Zivilisten in Höchst a. Main ertrunken worden sei, als vollkommen erfunden.

Kein Schulunterricht am 1. Mai in Hessen. Die preussische Regierung hat es nicht übers Herz bringen können, den Schulunterricht am 1. Mai ausfallen zu lassen. Die Eltern müssen Eingaben den Schulstellen unterbreiten. In Hessen dagegen ist von diesem bürokratischen Apparat Abstand genommen worden. Der Staatspräsident hat angeordnet, daß am 1. Mai der Schulunterricht in Hessen ausfällt. Den bürgerlichen Parteien gefällt das nicht. Sie werden sich aber damit abfinden müssen.

zu erklären. Die Individual- und Sozialpsychologie wird hier reiches Material für die Erkenntnis unserer sozialen und sittlichen Verhältnisse und des Seelenlebens der Prostituierten liefern. Der Erzieher, die soziale Fürsorge, die Jugendhelferin erhalten mannigfaltige Anregung für die Lösung der so ungemünzten schwierigen Frage der sexuellen Aufklärung der heranwachsenden Jugend, der sozialen Vorbeugung und der sittlichen Heilung der Einzelnen. L. R.

Zeitschriftenchau

Zweites Heft 12 der „Bildungsarbeit“ (Blätter für sozialistisches Bildungswesen) erschienen. Sie enthält neben einer dankenswerten Anregung von Richard Wanner zur Gründung einer Wiener Arbeiterhochschule eine ausgezeichnete Vortragsanleihe von Oskar Trebitsch über „Die sittlichen Voraussetzungen des Sozialismus“ und den Schluß der Vortragsreihe über „Sozialisierung“ von Friedrich Weß. Weiter bringt sie einen Beitrag zur proletarischen Revolution von Robert Föhn und ein Kalenderium wichtiger Gedentage revolutionärer Ereignisse und großer Männer. Eine wertvolle Ausnützung des Urlasses der Arbeiter wird von Rumohr erörtert. Wie tief die Bildungsbewegung in der Herzen der Arbeiter schon Wurzel geschlagen hat, zeigt das Beispiel der Arbeiter eines Wiener Betriebes, die eine Ueberkunde zur Bildungszwecke anstellen haben. Der Bezugspreis beträgt halbjährlich 20 Mark. Die Verwaltung befindet sich Wien VI, Gumpendorfer Straße 18.

Eine Kritikserie „Was ist uns Frankreich“ erscheint in der „Weltbühne“ ab Heft 16. In ihr versucht Felix Stössinger in gedrängter Darstellung ein Bild zu geben von der großartigen Arbeit, die Frankreich seit Jahrhunderten für die Menschheit geleistet hat und die heute wieder von größter Bedeutung für die Entwicklung einer großen Gesinnung gerade in Deutschland ist.

Beachtenswerte Neuerscheinungen

Marxelles: Der bewährteste Sozialismus. Mit einem Vorwort von Rudolf Goldscheid. Nr. 20-22 der Reihe „Kunst“, 56 Seiten. Ungenauer-Verlag, Schöber, Leipzig, Wien und Leipzig.

Leonard Nelson: Ueber Realismus (1-3) der Reihe „Weltliches Leben“, Vortrag gehalten vor der Berliner Studentenliga. Verlag: Der Neue Welt, Leipzig.

Dr. Ludwig Wiggner: Reichlich 22 Jahre Dozent als Lehrer, Richter und Vorgesetzter. 109 Seiten. Preis 22 Mark und 20 Groschen. Selbstverlag, Leipzig-Verlag, München.

Richard Seibel: Die Gewerkschaftsbewegung und das Streikrecht des Beamten. Sonderdruck der Nr. 6-7 und 8-9 des „Sozialist“ veröffentlichten Artikel. Verlag: Romy Weisbach, Berlin. Preis 4 Mark, 24 Seiten.

Groß-Berlin

Die Magistratsvorlage gescheitert

Ablehnung der Vorlage

Keine Erhöhung der Werkstarife

Nachdem die gestrige Stadtverordneten-Versammlung in der Abstimmung über die Abänderungsvorschläge und die einzelnen Petitionen der Vorlage Erhöhung des Tarifes der Straßenbahn, des Gas- und Wasserpreises abgelehnt hatte, wurde in der Gesamtabstimmung die Vorlage samt Abänderungen des Ausschusses mit 89 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

In Fortsetzung unseres heutigen Berichtes führte Genosse Reuter, der den Standpunkt der Fraktion vertrat, noch folgendes aus:

Wenn vor dem Kriege durch die Ueberschüsse aus den städtischen Werken 12 Prozent des Haushaltes gedeckt wurden, heute jedoch nur noch 9 Prozent, so ist doch festzustellen, daß sich die Verhältnisse wesentlich geändert haben. Heute haben wir eine ungeheure Belastung der Arbeiterkraft, eine rasende Geldentwertung, gänzlich unzureichende Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer und auf der anderen Seite Gewinne der Industrie und Landwirtschaft, wie man sie früher nicht für möglich gehalten hat.

Vor dem Kriege hat auch die Sozialdemokratische Fraktion auf dem Standpunkt gestanden, daß die städtischen Werke nicht dafür da sind, hohe Ueberschüsse für den Etat abzuwerfen, sondern daß sie sich lediglich in sich erhalten und erneuern sollen. Es ist ein unmöglicher Standpunkt, und Sie alle werden sich auch darüber klar sein, daß das Defizit des Haushaltes durch Tarifierhöhungen nicht gedeckt werden kann. Eine solche Politik wäre eine utopische.

Die geplante Belastung der Bürgerschaft geht über das erträgliche Maß hinaus. Deshalb können wir für und in Anspruch nehmen, daß unsere Stellungnahme gegenüber der Deckungsvorlage durchaus von Verantwortung getragen ist. Wir haben keinen Grund dazu, als sogenannte „verantwortungslose Gesellen“ eine Opposition der Opposition wegen zu treiben. Die Erhöhung der Werkstarife ist gleichbedeutend mit einer neuen indirekten Besteuerung der Arbeitnehmerschaft, zu einer Zeit, in der die Arbeiter- und Angestelltenlöhne nicht nur alle direkten, sondern auch indirekten Steuern trägt. Die notwendigen Summen zur Deckung des Defizits im Haushalte könnten sehr leicht aufgehoben werden, wenn man nur wollte, und zwar dadurch, daß man die Einkommensteuer bei den Industriellen wirklich erhebt. Die Zahlung der Steuern dieser Kreise wird aber mit Unterstützung der Regierung systematisch sabotiert.

Durch einen Beschluß im Ausschuss haben Sie bereits vor der Erhöhung des Straßenbahntarifes Halt gemacht, und es wird sehr bald der Zeitpunkt kommen, wo Sie auch vor der Erhöhung der anderen Werkstarife Halt machen müssen. Gegenüber zahllosen Pressenindungen über eine Miß- und Defizitwirtschaft der städtischen Werke wurde bei den Beratungen un widersprochen festgestellt, daß die städtischen Werke keine Defizitwerke

sind, sondern Ueberschüsse abwerfen. Ueber die Straßenbahn hat Herr Koch erklärt, er wolle den Vertretern der Linken zugeben, daß die Straßenbahn in einem unverantwortlichen Zustande übernommen worden sei, und eigentlich hätte den früheren kapitalistischen Besitzern die Verantwortung auferlegt werden müssen, Kapitalien für die Reparaturen zu beschaffen. Wenn es der Stadt schwer fällt, die notwendigen Kapitalien aufzutreiben, so nicht, weil sich die Kapitalisten vor einer Unrentabilität der Werke fürchten, sondern für sie sind lediglich politische Erwägungen ausschlaggebend.

Unter vier Augen wird auch kein Vertreter der Rechten ernsthaft behaupten können, daß die städtischen Arbeiter und Angestellten eine ausreichende Entlohnung erhalten. In dieser Beziehung ist es bezeichnend, daß ein Vertreter der Deutschen Volkspartei aus eigener Initiative eine Erhöhung der Lohnsätze für die gelerntten Arbeiter beantragt hat. Durch die sozialen Bestimmungen des Mantelstarifes werden der Stadt keine wesentlichen Lasten auferlegt. Für das Mißbehaltungsrecht werden wir immer eintreten, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Stadt Berlin ein vorbildlicher Arbeitgeber sein soll. Die Aufrechterhaltung des Mißbehaltungsrechtes

der städtischen Arbeiter ist für uns eine entscheidende Frage, und wir werden, soweit unsere Macht reicht, alles aufbieten, daß durch ein geschlossenes Auftreten der Arbeiterschaft diese Erzeugnisse der Revolution aufrechterhalten bleibt, nicht im egoistischen Interesse einer Sondergruppe, sondern im Interesse der Gesamtheit.

In der Frage der Kohlenklauseil beantragen wir eine Herabsetzung des Satzes, weil wir der Meinung sind, daß die städtischen Werke auch mit einem ermäßigten Satz auskommen können.

Im allgemeinen möchte ich sagen, daß uns die Verkopplung der Zustimmungserklärung zum Schiedspruch mit der Deckungsvorlage als nicht begründet erscheint. Wir protestieren gegen diese Zusammenkopplung, weil dadurch bei bestimmten Stimmungen immer und immer wieder der Eindruck erweckt wird, als ob die städtischen Arbeiter einzeln und allein an der Erhöhung der Werkstarife schuld seien. Wir wünschen, daß in Zukunft solche Verkopplungen bei Vorlagen nicht mehr vorgenommen werden. Nochmals fordern wir eine Trennung der Magistratsvorlage in zwei Teile, und zwar in eine Vorlage über die Zustimmung zum Schiedspruch für die städtischen Arbeiter und in die eigentliche Deckungsvorlage.

Nach der sich lang hinziehenden Aussprache, an der sich alle Parteien beteiligten, wurde nach 11 Uhr über die Magistratsvorlage und Abänderungsvorschläge abgestimmt. Der Antrag unserer Fraktion, über die Vorlage getrennt in Zustimmung zum Schiedspruch und Deckungsvorlage abzustimmen, wurde von der bürgerlichen Mehrheit und den Rechtssozialisten abgelehnt.

Ein deutschnationaler Antrag betr. erneuter Beratung über das Mißbehaltungsrecht der städtischen Arbeiter wurde abgelehnt. Ein Antrag, der die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter nach den Forderungen des Lohnkartells und Verlängerung des Mantelstarifes bis Ende Dezember 1923 vorkreht, wurde mit den Stimmen der Rechtssozialisten abgelehnt.

Nach Ablehnung der Vorlage versuchte eine Zufallsvereinbarung in geschäftsordnungswidriger Weise sofort in eine dritte Lesung der Vorlage einzutreten, das Haus war aber um Mitternacht beschlußunfähig.

Die Umbauarbeiten am Bahnhof Friedrichstraße gehen jetzt flott vorwärts. Schon vor einiger Zeit ist die vorläufige Ueberdachung des neuen Bahnsteiges fertiggestellt worden. Nunmehr sind auch die ersten Maurerarbeiten an der Nordfront in Angriff genommen worden, und zwar zunächst die

